

Erklärung der Stahlindustrie in Deutschland zum Klimagipfel in Paris

Vom 30. November bis 11. Dezember 2015 wird die Klimakonferenz (COP 21) in Paris stattfinden. Dort soll als Nachfolgebertrag für das Kyoto-Protokoll für die Zeit ab 2020 ein neues umfassendes internationales Klimaabkommen ausgehandelt werden. Die Stahlindustrie unterstützt das Ziel, in den kommenden Jahrzehnten die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um die Erderwärmung zu begrenzen. Dazu ist eine global koordinierte Anstrengung erforderlich.

Die Zukunft des Klimaschutzes liegt in innovativen Produkten und emissionsärmeren Herstellungsverfahren.

Mit innovativen Stählen und Stahlanwendungen trägt die Stahlindustrie zum Klimaschutz bei. Durch kontinuierliche Verbesserung ist es in der Stahlindustrie in Deutschland zudem gelungen, die Herstellungsprozesse so weit zu optimieren, dass sie heute beim Kohlenstoffverbrauch nahe am verfahrenstechnischen Minimum arbeiten.

Zwar forscht die Branche an emissionsärmeren Verfahren, doch technologische Durchbrüche sind nur langfristig denkbar. Daher muss der Stahlindustrie auf dem weiteren Weg die erforderliche Zeit sowie der finanzielle Spielraum eingeräumt werden. Die Politik muss sich zudem dafür einsetzen, dass die Abtrennung und Speicherung oder auch stoffliche Nutzung von Kohlendioxid öffentlich akzeptiert und gefördert wird.

Die Klimapolitik muss die Balance zwischen ambitioniertem Klimaschutz und industrieller Wettbewerbsfähigkeit wahren.

Die Stahlindustrie steht in einem dynamischen globalen Wettbewerb, der nicht an den europäischen Grenzen haltmacht. Nicht nur der innereuropäische Wettbewerb

hat sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich verschärft. Auch durch die wirtschaftliche Schwäche und zunehmende Überkapazitäten bedeutender Schwellenländer wie insbesondere China geht ein erheblicher Druck auf den europäischen Stahlmarkt aus.

Durch die bislang geplante Verschärfung des EU-Emissionsrechtshandels entstehen in Europa und Deutschland einseitige Kosten, die zu Wettbewerbsnachteilen führen.

Die vorgeschlagene Reform bedroht die Stahlindustrie existenziell, da sie wegen der Zusatzbelastungen am Standort nicht mehr im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Die Folge wäre eine Abwanderung von Produktion, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen, aber auch eine Belastung der Innovationspotenziale, die für den Klimaschutz unverzichtbar sind.

Das internationale Klimaabkommen ist dringend erforderlich, um in der Klimapolitik Verlässlichkeit zu etablieren und für die Industrie global faire Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im Alleingang auf der nationalen oder europäischen Ebene kann der Klimawandel nicht wirkungsvoll bekämpft werden. Die Herstellung weltweit vergleichbarer Instrumente und Bedingungen im Klimaschutz ist eine zentrale Voraussetzung, damit die Unternehmen ihre Klimaschutzanstrengungen voranbringen können, ohne an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Notwendig sind dazu messbare und vergleichbare ambitionierte Beiträge aller wichtigen Staaten mit unmittelbarer Wirkung auch für die jeweilige Stahlproduktion. Ziel muss ein globaler Emissionsrechtshandel zu weltweit identischen Rahmenbedingungen sein. Ein Abkommen in Paris soll jetzt ein erster Schritt in diese Richtung sein.